

Vom „Ende der Geschichte“ zur „Zeit der Raubtiere“: Der Niedergang der westlichen Vorherrschaft und die Aufgaben der Linken



Frank Deppe gehört zu den bedeutendsten Persönlichkeiten der zweiten Generation der marxistisch geprägten Marburger Schule um Wolfgang Abendroth.¹ Diese wissenschaftliche und politische Tradition, die marxistische Analyse eng mit den Kämpfen der Arbeiterbewegung verband, hat auch mein politisches Denken seit meiner Jugend wesentlich geprägt. Von 1972 bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2006 lehrte Deppe Politikwissenschaft an der *Philipps-Universität Marburg*. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte der Arbeiterbewegung, die politische Soziologie der Gewerkschaften, die europäische Integration und die internationale politische Ökonomie.

Der hier besprochene Text erschien am 1. September 2026 in der Tageszeitung *junge Welt* unter dem Titel „Zeit der Raubtiere“.² Es handelt sich um einen Vorabdruck des Aufsatzes „*Europa als Weltmacht – unter deutscher Führung?*“ aus Heft 147 der *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*.³

Deppe untersucht darin die tiefgreifenden Veränderungen der internationalen Ordnung. Er zeichnet eine Entwicklung nach,

die von Francis Fukuyamas These vom „*Ende der Geschichte*“ bis zu den Analysen von Giovanni Arrighi, Sven Beckert und Immanuel Wallerstein über die historische Entwicklung des Kapitalismus und den Niedergang der westlichen Vorherrschaft reicht.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien der weltweite Sieg des liberalen Kapitalismus vielen Menschen im Westen endgültig besiegelt. Fukuyamas Formel vom „*Ende der Geschichte*“ brachte dieses Selbstbewusstsein besonders deutlich zum Ausdruck. Mehr als drei Jahrzehnte später ist von dieser Gewissheit wenig übriggeblieben. Die ökonomische und politische Vorherrschaft des Westens wird zunehmend infrage gestellt, neue Machtzentren entstehen, und die Konkurrenz zwischen den Großmächten verschärft sich. Die Welt tritt, wie Deppe darlegt, in eine neue Epoche geopolitischer Konflikte ein.

Eine multipolare Weltordnung entsteht

Nach Deppe befinden wir uns im Übergang von der US-amerikanisch dominierten Weltordnung zu einer multipolaren Ordnung konkurrierender Großmächte. Die USA verfügen zwar weiterhin über eine überragende militärische Macht, doch die jüngsten Kriege haben deren Grenzen sichtbar gemacht. Während die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten an Einfluss verlieren, steigt China wirtschaftlich und technologisch auf und rückt zugleich enger mit Russland sowie Teilen des Globalen Südens zusammen. Damit wächst auch die Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen der bisherigen Hegemonialmacht und ihrem wichtigsten Herausforderer.

In dieser neuen Phase des Imperialismus geht die Konkurrenz um Technologien, Rohstoffe, Märkte und Einflusssphären mit zunehmender Hochrüstung einher. Außenpolitisch wächst die Bereitschaft, wirtschaftliche und geopolitische Interessen mit militärischer Gewalt oder deren Androhung durchzusetzen. Im

Inneren äußert sich diese Entwicklung in einer Stärkung der Exekutive, autoritären Tendenzen und dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen.

Europas Griff nach der Weltmacht

Vor diesem Hintergrund untersucht Deppe insbesondere den Anspruch, die *Europäische Union* zu einer eigenständigen Weltmacht unter deutscher Führung zu entwickeln. Führende Kräfte der deutschen Politik und ihnen nahestehende Intellektuelle fordern eine „*strategische Autonomie*“ Europas. Deutschland soll dabei aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke und seines politischen Gewichts die Führung übernehmen. Deppe zufolge dienen die massive Aufrüstung und der Krieg in der Ukraine zugleich als Hebel, um diesen deutschen Führungsanspruch durchzusetzen.

Aufrüstung und Sozialabbau

Deppe bezweifelt jedoch, dass dieses Projekt gelingen kann. Die nationalen Interessen und die sozioökonomischen Gegensätze innerhalb der *Europäischen Union* bestehen fort. Gleichzeitig sollen steigende Rüstungsausgaben durch neue Schulden, Sozialabbau und weitere Einschnitte in öffentliche Dienstleistungen finanziert werden. Dadurch verschärfen sich soziale Unsicherheit und politische Unzufriedenheit, wovon vor allem die nationalistische Rechte profitiert. Als zentrale Aufgabe der Linken bezeichnet Deppe deshalb die Verbindung des Kampfes gegen Aufrüstung und Krieg mit dem gewerkschaftlichen Widerstand gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzverluste.

Von der Analyse zur politischen Wirklichkeit

Wie aktuell Deppes Analyse ist, zeigte sich gut zwei Wochen später in Ursula von der Leyens *Rede zur Lage der Union*.⁴ Die Kommissionspräsidentin sprach sich für eine weitere Vertiefung

der europäischen Verteidigungszusammenarbeit und für die Fortsetzung der umfassenden Unterstützung der Ukraine aus. Zugleich verband sie die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Europas mit dessen Fähigkeit, eigenständiger und machtvoller auf der internationalen Bühne zu handeln. Darin zeigt sich genau jene Entwicklung, die Deppe beschreibt: Die *Europäische Union* sucht ihre Antwort auf die Krise der westlichen Vorherrschaft vor allem in strategischer Autonomie, militärischer Stärkung und machtpolitischer Selbstbehauptung.

Die Rede liefert keine wissenschaftliche Bestätigung von Deppes Analyse, wohl aber anschauliches politisches Material dafür. Für Sozialist:innen, Kommunist:innen und andere antikapitalistische Kräfte bilden Deppes Untersuchung und die offiziellen Aussagen der Kommissionspräsidentin daher zwei eng miteinander verbundene Bezugspunkte: Die Analyse liefert den begrifflichen Rahmen, die Rede veranschaulicht die politische Praxis. Aus marxistischer Perspektive tritt Ursula von der Leyen dabei als politische Repräsentantin der in der *Europäischen Union* zusammengeschlossenen, zugleich aber weiterhin miteinander konkurrierenden europäischen Imperialismen auf.

Die Lehren von 1914

Wer die Geschichte der Arbeiterbewegung nicht aus dem Blick verloren hat, muss sich angesichts dieser Entwicklung unweigerlich an die Situation vor dem Ersten Weltkrieg erinnern. Verfolgt man die damaligen Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie über Militarismus, Kolonialismus, imperialistische Rivalitäten und schließlich die Bewilligung der Kriegskredite, treten trotz aller historischen Unterschiede erschreckende Parallelen zur Gegenwart hervor.

Auch Ingar Soltys Analyse der „inneren Zeitenwende“ ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich. Er zeigt, wie die Aufrüstung über die Militärhaushalte hinaus Politik,

Wirtschaft und Alltagsbewusstsein erfasst und wie die Zustimmung zur *NATO* zu einem Kriterium politischer Regierungsfähigkeit gemacht wird.⁵ Für die Linke stellt sich damit erneut die historische Frage, ob sie sich der herrschenden Kriegspolitik unterordnet oder an Antimilitarismus und Internationalismus festhält.

Aus dieser Position folgt für mich die Ablehnung von Waffenlieferungen in jene Kriegsgebiete, in denen imperialistische Rivalitäten und Einflussnahmen in militärische Auseinandersetzungen münden. Aktuelle Beispiele sind Waffenlieferungen an die Ukraine und an Israel. Dabei dürfen die beiden Konfliktlagen nicht gleichgesetzt werden. Der Krieg in der Ukraine ist in die geopolitische Konfrontation zwischen den *NATO*-Staaten und Russland eingebettet, während die Waffenlieferungen an Israel im Zusammenhang mit der westlichen Bündnispolitik und den geopolitischen Konflikten im gesamten Nahen und Mittleren Osten stehen, einschließlich des Krieges in Gaza. Gemeinsam ist beiden Fällen, dass die Interessen der betroffenen Bevölkerungen – insbesondere die ihrer subalternen Klassen und Schichten – in unterschiedlicher Weise geopolitischen und militärischen Machtinteressen untergeordnet werden: den Interessen westlicher imperialistischer Staaten sowie – im Falle der Ukraine – denen des russischen Subimperialismus.

Friedenskampf und gesellschaftliche Bündnisse

Die Linke muss dem Kampf für den Frieden absolute Priorität einräumen. Dazu gehört, breite gesellschaftliche Bündnisse mit ideologisch und politisch unterschiedlichen Kräften einzugehen, ohne dabei ihre politische Selbstständigkeit und ihren Klassenstandpunkt aufzugeben. Eine solche Breite ist notwendig, um wirksamer auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im eigenen Land einzuwirken, den Widerstand gegen die Militarisierung zu stärken und dem gemeinsamen Ziel

näherzukommen, Aufrüstung und Krieg zu verhindern. Dies gilt umso mehr in einer Zeit tektonischer Verschiebungen der internationalen Kräfteverhältnisse, wie Deppe sie eingehend analysiert.

Ebenso entscheidend ist es, in breiten Teilen der Arbeiterklasse das Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Militarisierung und Aufrüstung in direktem Gegensatz zu ihren materiellen und sozialen Interessen stehen. Die für Rüstung gebundenen Mittel fehlen für soziale Sicherheit, öffentliche Dienstleistungen, Bildung, Gesundheit und die ökologische Transformation. Ziel muss es deshalb sein, die Gewerkschaftsbewegung auf breiter Basis für den Friedenskampf zu gewinnen.

Dies kann nur gelingen, wenn die Linke die Kriegspropaganda der eigenen Bourgeoisie konsequent analysiert und entlarvt, anstatt vor ihr einzuknicken. Sie muss deutlich machen, welche ökonomischen und machtpolitischen Interessen sich hinter den vorherrschenden Rechtfertigungen von Aufrüstung und Krieg verbergen.

Kein Burgfrieden mit dem eigenen Imperialismus

In einer „*Zeit der Raubtiere*“, um den Titel von Frank Deppes Beitrag aufzugreifen, kann die politische Schlussfolgerung für die Linke nur lauten: den eigenen Imperialismus in der besten Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung zu bekämpfen und in zwischenimperialistischen Rivalitäten keinen Burgfrieden mit ihm zu schließen. Das bedeutet keineswegs, die Politik oder die militärischen Handlungen anderer imperialer Mächte zu rechtfertigen. Es bedeutet vielmehr, eine eigenständige internationalistische Klassenposition zu bewahren. Denn in solchen Konflikten sind es stets die subalternen Klassen und Schichten aller beteiligten Länder, die den höchsten Preis zahlen.

-
1. Frank Deppe: □ Leben und wissenschaftlicher Werdegang □
 2. Frank Deppe: □ „Zeit der Raubtiere“, *junge Welt*, 1. September 2026 □
 3. Frank Deppe: □ „Europa als Weltmacht – unter deutscher Führung?“, *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Heft 147 □
 4. Europäische Kommission: □ „Lage der Union 2026“, Rede von Ursula von der Leyen, 16. September 2026 □
 5. Ingar Solty: □ „Die Ideologie der inneren Zeitenwende“, *LUXEMBURG*, 19. Mai 2026 □